



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION

Brüssel, den 16.12.2015  
C(2015) 9123 final

**BESCHLUSS DER KOMMISSION**

**vom 16.12.2015**

**über eine Einzelmaßnahme zugunsten der Republik Namibia zulasten des  
11. Europäischen Entwicklungsfonds**

## BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 16.12.2015

### über eine Einzelmaßnahme zugunsten der Republik Namibia zulasten des 11. Europäischen Entwicklungsfonds

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/322 des Rates vom 2. März 2015 über die Durchführung des 11. Europäischen Entwicklungsfonds<sup>1</sup>, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2015/323 des Rates vom 2. März 2015 über die Finanzregelung für den 11. Europäischen Entwicklungsfonds<sup>2</sup>, insbesondere auf Artikel 26,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat das im Rahmen des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) erstellte Nationale Richtprogramm (NRP) 2014-2020 für die Zusammenarbeit zwischen der Republik Namibia und der Europäischen Union<sup>3</sup> angenommen, das unter Punkt 1.2 und Punkt 3 die folgenden Schwerpunktbereiche vorsieht: i) Bildung und Qualifizierung und ii) Landwirtschaft.
- (2) Die im Rahmen des Internen Abkommens über den 11. EEF („Internes Abkommen“)<sup>4</sup> zu finanzierende Maßnahme soll durch die Förderung der kognitiven, sprachlichen, sozialen und emotionalen Entwicklung aller Kinder, die in die Grundschule eingeschult werden, einen Beitrag zu einem guten Bildungs- und Ausbildungsstand der namibischen Gesellschaft leisten, damit diese eine aktive Rolle bei der sozialen und Entwicklung des Landes übernehmen kann. Diese Maßnahme ist notwendig, um die Kontinuität der EU-Unterstützung für den Bildungssektor Namibias sicherzustellen.
- (3) Die Maßnahme „Sektorreformvertrag für das Bildungswesen Namibias im Rahmen des 11. EEF“ soll einen gerechten und integrativen Zugang zu Maßnahmen der Förderung der frühkindlichen Entwicklung und zur Vorschulerziehung herstellen und die Qualität dieser Subsektoren des Bildungswesens verbessern, indem ihre Leistungsfähigkeit gestärkt wird. Es werden insbesondere folgende Ergebnisse erwartet: i) Ausbau des gerechten und integrativen Zugangs zu Einrichtungen bzw. Dienstleistungen der Förderung der frühkindlichen Entwicklung und der Vorschulerziehung; (ii) Verbesserung der Unterrichtsqualität in der Förderung der

---

<sup>1</sup> ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 1.

<sup>2</sup> ABl. L 58 vom 3.3.2015, S. 17.

<sup>3</sup> Beschluss C(2014)7781 der Kommission vom 30.10.2014.

<sup>4</sup> Internes Abkommen zwischen den im Rat vereinigten Vertretern der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Finanzierung der im mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgesehenen Hilfe der Europäischen Union im Rahmen des AKP-EU-Partnerschaftsabkommens und über die Bereitstellung von finanzieller Hilfe für die überseeischen Länder und Gebiete, auf die der vierte Teil des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Anwendung findet (ABl. L 210 vom 6.8.2013, S.1).

frühkindlichen Entwicklung und der Vorschulerziehung; (iii) Verbesserung des Managements und des institutionellen Rahmens für Maßnahmen der frühkindlichen Entwicklung und der Vorschulerziehung. Die Umsetzung der Budgethilfekomponente der Maßnahme erfolgt im Wege der direkten Mittelverwaltung, während die Komponente „Ergänzende Unterstützung“ im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung mit dem Partnerland umgesetzt wird.

- (4) Es muss ein Finanzierungsbeschluss gemäß den Bestimmungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012<sup>5</sup> der Kommission erlassen werden, der gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet.
- (5) Die Kommission sollte dem in diesem Beschluss genannten Partnerland – vorbehaltlich des Abschlusses einer Finanzierungsvereinbarung – Haushaltsvollzugsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung übertragen. Im Einklang mit Artikel 60 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012, der gemäß Artikel 17 und Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 2015/323 Anwendung findet, hat sich der zuständige Anweisungsbefugte zu vergewissern, dass Aufsichts- und Unterstützungsmaßnahmen hinsichtlich der Durchführung der übertragenen Aufgaben getroffen wurden. Eine Beschreibung dieser Maßnahmen und der übertragenen Aufgaben ist im Anhang dieses Beschlusses enthalten.
- (6) Die Zahlung etwaiger Verzugszinsen sollte auf der Grundlage des Artikels 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Rates und des Artikels 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 gestattet werden, die gemäß Artikel 29 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 2015/323 Anwendung finden.
- (7) Im Einklang mit Artikel 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012, der gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) Nr. 2015/323 Anwendung findet, sollte die Kommission definieren, welche Änderungen zu diesem Beschluss nicht substantiell sind, damit derartige Änderungen vom zuständigen Anweisungsbefugten vorgenommen werden können.
- (8) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme entspricht der Stellungnahme des mit Artikel 8 des Internen Abkommens eingesetzten Ausschusses.

BESCHLIESST:

#### *Artikel 1*

#### **Annahme der Maßnahme**

Die im Anhang beschriebene Einzelmaßnahme zugunsten der Republik Namibia zulasten des Europäischen Entwicklungsfonds wird genehmigt.

Diese Maßnahme umfasst Folgendes:

- Anhang: Sektorreformvertrag für das Bildungswesen Namibias im Rahmen des 11. EEF

---

<sup>5</sup> Delegierte Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union (ABl. L 362 vom 31.12.2012, S. 1).

## *Artikel 2*

### **Finanzbeitrag**

Der Beitrag der Europäischen Union zur Durchführung der in Artikel 1 genannten Maßnahme beläuft sich auf höchstens 27 000 000 EUR zulasten des Europäischen Entwicklungsfonds.

Der in Absatz 1 genannte Finanzbeitrag kann auch Verzugszinsen decken.

## *Artikel 3*

### **Durchführungsmodalitäten**

Die Haushaltsvollzungsaufgaben im Rahmen der indirekten Mittelverwaltung können vorbehaltlich des Abschlusses der entsprechenden Vereinbarung der im Anhang genannten Einrichtung übertragen werden. Im Abschnitt „Implementation“ (Durchführung) im Anhang dieses Beschlusses sind die Elemente aufgeführt, die nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erforderlich sind, der gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet.

## *Artikel 4*

### **Nicht substanzielle Änderungen**

Mittelerhöhungen oder Mittelsenkungen von bis zu 10 000 000 Mio. EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder Änderungen der Mittelzuweisungen für die einzelnen Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten im Sinne des Artikels 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1268/2012, der gemäß Artikel 26 der Verordnung (EU) 2015/323 Anwendung findet, als nicht substanziell, wenn sie die Art und die Ziele der Maßnahmen nicht wesentlich beeinflussen. Die in diesem Artikel genannte Obergrenze gilt auch für die Inanspruchnahme von Rückstellungen für unvorhergesehene Ausgaben.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann solche nicht substanziellen Änderungen im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit beschließen.

Geschehen zu Brüssel am 16.12.2015

*Für die Kommission  
Neven Mimica  
Mitglied der Kommission*